Posener Zeitung.

№ 168. Sonnabend den 22. Juli. 1848.

Inland.

Posen, den 21. Juli.

II.

Die Aufgabe unserer Parteien. Wenn es feststeht, daß alle politischen Parteiungen ein gemeinsames Band in der idealen Aufgabe haben müssen, welche den Nationen durch höhere Gesetze gegeben ist, daß ohne diesen alle gleichmäßig tragenden Boden jeder Fortschritt ein blinder, jede Handlung des Volkes eine mehr oder weniger bewußtlose sein muß, so wird es nun darauf ankommen, für jene Aufgabe, die in den Tagen der neu erwachten Freiheit gewiß Allen in ihrer großartigen Bedeutsamkeit vor der Seele steht, den wahren Ausdruck zu finden. Und gerade hier stehen zwei Anschauungen einander gegenüber, deren jede sich ihrer Einseitigkeit längst hätte bewußt werden sollen oder wenigstens jetzt zum Bewußtsein derselben kommen muß, wenn wir das Ende der revolutionairen Zustände finden wollen. Die eine meint, mit verächtlichem Hinblick auf alle sogenannten Ideale nur aus den durch die Geschichte bereits gegebenen Zuständen die Aufgabe der Zukunft ableiten zu dürfen; dabei wird aber vergessen, daß jede große Zeit etwas ganz und gar Neues gebären muß und daß sich in dem Grundsatze: „es ist Alles schon da gewesen" die unwürdigste Trägheit des Denkens mit der des Handelns verbündet. Ihnen gegenüber steht die selbstgefällige Schaar jener, die aller Kenntnisse, aller Erfahrung mit Bequemlichkeit entbehren zu können meinen, weil sie die absolute Wahrheit in den subjectiven Gedanken ihres eigenen Hirns zu haben sich einbilden. Fehlt jenen die Achtung vor dem einen Gedanken, der über alle Bedingungen des zeitlichen Daseins hinwegfliegend alle und jede bestehende mit absoluter Souverainetät sich unterwirft, so will der Egoismus dieser nichts wissen von dem mütterlichen Boden, der sie selbst doch erzogen und von der Geschichte, deren Söhne sie sind. Beide Auffassungsweisen sind unmöglich, wenn unsere nationale Entwickelung den Anforderungen der Zeit entsprechen soll. Wenn alle darin übereinstimmen, daß jetzt Deutschlands Größe wiederhergestellt, seine Einheit neu gegründet, seines Volkes Freiheit neu geschaffen werden soll: so mag nimmermehr der in den Schranken der gegenwärtigen und augenblicklichen Verhältnisse festgebannte Blick sicher die Zukunft erfassen. Denn ein großes und mächtiges Deutschland zwar hat es in den Zeiten des Mittelalters gegeben: aber jene Größe war nicht die eines freien, seiner selbst sich bewußten Volkes; sie lag in dem Zauber eines phantastischen Glanzes, der die Krone des römischen Kaisers umstrahlte und wenn der ritterliche Muth der einzelnen Starken treu den Fahnen des Anführers folgte, so waren es unklare Gefühlsregungen, welche sie zur Einmüthigkeit begeistert. Das heller erwachende Bewußtsein der späteren Zeit zerriß diese Bande und das Faustrecht vernichtete die Macht unseres Vaterlandes. Wer nur nach dem Maße der Vergangenheit das Gebäude der deutschen Einheit errichten wollte, der müßte sein Auge richten auf die Geschichte der fremden Völker, wo wirklich nationale Einheit sich erhalten hat bis auf den heutigen Tag. — Wie aber? sollen wir jene Centralisationsverwaltung unter uns aufnehmen, die in Frankreich zwar eine staatliche Einheit geschaffen, zugleich aber die gesundesten Keime des nationalen Lebens zertreten hat? oder will man uns England als Beispiel vorhalten, wo durchaus andere Zustände, als die unsern, eine jahrhunderte lange Entwickelung bedingten, deren Endziel allerdings eine einheitliche Größe geworden ist, wie wir sie uns wohl wünschen, aber auf denselben Wegen, wie jene, sie nimmer erreichen können? — Doch genug davon: auf diese Weise wird in jedem Falle das eigentliche Ziel, die Freiheit des modernen Volkes, die Größe und Einheit des modernen Staates aus den Augen verloren. — Denn die Ueberzeugung, die man bei jedem voraussetzen muß, der ein Recht haben will, selbstständig theilzunehmen an der geschichtlichen Entwickelung, ist eben keine andere, als daß es jetzt einen Neubau gilt, dessen Plan mit kühnem Griffe entworfen sein will nach dem großen Gedanken der Freiheit, den unsre Zeit erst mit Bewußtsein zum höchsten Gesetze der Völker gemacht hat. Aber die Freiheit ist nicht eine Geburt der Abstraktion; sie ist etwas Lebendiges und zieht ihre Nahrung aus dem Boden der Wirklichkeit. Sie ist der mannigfachsten Formen fähig: die eigenthümliche Lage unseres Volkes, die in seiner Geschichte und in der durch diese gewordenen Bildung gegeben ist, wird ihr auch bei uns eigenthümliche Formen schaffen und wer die Freiheit liebt, muß sie lieben in der konkreten Gestalt, die durch unseres Vaterlandes Eigenthümlichkeit bedingt ist, die sich spiegelt in dem Willensausdrucke unsers Volkes. Man hört jetzt viel reden von der Souveränetät des Volkes; faßt man diesen Begriff richtig, so enthält er das, was wir suchen und ergänzt die Einseitigkeit sowohl derer, die durch die Rechte der Vergangenheit die Freiheit des Volkes beschränken, als derer, die sie unabhängig von seiner eignen Selbstbestimmung nach einem abstrakten Schema ins Leben rufen wollen; jene zwingt sie zum Glauben an die Allmacht des in der Geschichte sich ewig verjüngenden Geistes, diese lehrt sie ihr Volk und ihr Vaterland lieben. — Beides aber zusammen führt erst auf den Boden einer in sich gegründeten echten Sittlichkeit, wie wir sie, im Unterschiede von bloßer Moralität, als Grundbedingung aller politischen Entwickelung anerkennen müssen. Es ist einerseits der Glauben an die Macht, die alle Geschichte nach ewigen Planen lenkt; anderseits aber die dem Menschen geziemende Beschränkung auf das Gebiet, das ihn mit gemüthlichen Banden zu halten ein Recht hat. Sehen wir nun zu, wie weit von den bisherigen Parteien die Souveränetät des Volkes in diesem Sinne aufgefaßt wird — oder aufgefaßt werden sollte.

---

* Posen, den 21. Juli. Die Revolution, welche vor Monaten das in stabilen Formen erstarrte Europa aufrüttelte und in eine dem Ziele der Civilisation hoffentlich näher rückende Bewegung zu versetzen begann, trägt ein Doppelgesicht, verfolgt in zweifacher Richtung die Zwecke, in deren gleichzeitiger Erledigung erst die Wiederkehr gesicherter und erquicklicher Zustände zu erwarten steht. Die Verfassungsfrage und die sociale Reform bilden die beiden von einander geschiedenen Centra, um welche sich die zu thätiger Gestaltung angeregten Kräfte vertheilen. Nicht aller Orten treten beide Interessen mit gleich scharf ausgeprägter Bedeutsamkeit in den Vordergrund. England, das sich im Augenblick ebenfalls in einer still verglimmenden Revolution befindet, fiebert fast ausschließlich an der socialen Frage, an den Forderungen der dem Industriewesen zugewandten Kräfte, die in höchster Potenz ausgebildet, aber auf diesem Gipfel der Entwickelung eines stützenden Wiederhalts entbehrend von dem Staate, von der Gesellschaft den festen vor Noth sicherstellenden Boden verlangen. Die Verfassungsfrage ist dort seit lange so ziemlich geschlichtet, und wenn der durch Europa wehende Geist der Umgestaltung auch in England den bereits festgestellten Verfassungsbau mit leckenden Flammen umzüngelt, so ergreift er doch bloß das Nebenwerk, die Vorsprünge, welche in Bezug auf den Grundriß des Ganzen nur von untergeordneter Bedeutung erscheinen. Anders geartet ist der laut und tosend dahinrollende Feuerstrom der Revolution, der im Februar aus dem kochenden Krater Frankreichs mit plötzlich aufschnellender Gewalt hervordrang. In ein und derselben heftig verlaufenden Krise streben hier zwei Uebel, die gleich schwer den Volkskörper belasteten, sich auf einmal zu entscheidender Genesung durchzuarbeiten. Während man auf dem Revolutionsplatze die Embleme des Königsthums vernichtete und die Republik als die fortan für Frankreich geltende Verfassung proklamirte, ward zu gleicher Zeit der Palast des Luxemburg für das Arbeiterparlament eingerichtet und so in einem Athem mit ungetheiltem Anlauf (zugleich ergriffen) (die politische mit der socialen Seite.) Dasselbe geschah fast in allen Theilen Deutschlands, wo die Revolution einen plötzlichen Uebergang aus den alten Zuständen in eine neue Zeit vermittelte. Die doppelten, in verschiedener Richtung hervorgerufenen Schwingungen des Bodens, auf welchem das frühere Volksleben sich bewegte, rücken auch hier die Hoffnung auf baldige Wiederherstellung einer geglätteten Oberfläche in desto weitere Entfernung. Inmitten dieser Wirren, bietet die Revolution, welche in unserer Provinz über die Scene ging, eine eigenthümliche Erscheinung. Wir haben eine Revolution gehabt, die durch blutigen Bürgerkrieg ihren Pfad bezeichnete. Eine seit lange vorhandene innere Spannung, ein geheimes Gähren hat sich in erschütternder Explosion Luft gemacht, und eine entschiedene Sonderung der streitenden Parteien herbeigeführt, ein Resultat, für das wir eine von Frankfurt aus zu erwirkende Anerkennung und nachdrückliche Behauptung baldigst entgegen sehen dürfen. Diese Sonderung unverträglicher Elemente, in beiderseitigem Interesse festgehalten und durchgeführt, werden die sonst täglich sich wiederholenden Anläße zur Reibung verschwinden, und somit Mittel und Wege zur Anbahnung gedeihlicher Zustände dem suchenden Auge wieder entgegentreten. Denn in unseren provinziellen Zerwürfnissen war nur das politische Erregungsmoment thätig, das sich hier in die Form innerer nationaler Befeindung einkleidete; das sociale Element, welches anderwärts für sich allein die Bewegung unterhält oder mitwirkend in ihren Gang eingreift, mischte sich gar nicht oder doch nicht in merklicher Weise in die Bewegung, welche sich über die Provinz verbreitet hatte. Das Proleteriat hat nämlich bei uns nicht in dem bedrohlichen Maße wie anderwärts um sich greifen können, da die Gewerbsthätigkeit der Provinz bis dahin der künstlichen Vollendung entbehrt, welche für andere Localitäten Mitteleuropas einen so zweideutigen Segen herbeiführte. Eine eigentliche Fabrikindustrie ist bei uns noch gar nicht vorhanden; die Arbeit der Menschenhand beschränkt sich noch immer auf die Bodenkultur und die kleinen Gewerke, deren Erzeugnisse nicht auf den Luxus oder auf entfernte Absatzgebiete berechnet sind, und daher auch in den Zeiten einer allgemeinen Einschränkung keine sehr bedeutende Schmälerung, am Allerwenigsten eine gänzliche Reduktion des Begehrs erfahren können. Die unvollkommene Entwickelung unserer gewerblichen Zustände, die in ruhigen Zeiten als ein Gebrechen zu betrachten war, kommt uns in jetzigem kritischen Momente insofern zu Gute, als wir durch den Mangel an industrieller Bildung auch vor der gefährlichen Verbildung bewahrt blieben, die in andern vorzugsweise dem Fabrikwesen zugewandten Distrikten die verderblichsten Früchte getragen hat. Ein gewerblicher Aufschwung steht aber unserer Provinz noch in Zukunft bevor, wenn nach erfolgter Auseinandersetzung der gegenseitig in unfruchtbarer Spannung bisher sich niederhaltenden Kräfte auswärtige Kapitalisten sich vertrauensvoll werden veranlaßt fühlen, das hiesige Terrain zu befruchten und die nicht ungünstige Gelegenheit durch zuversichtliche Speculationen auszubeuten. (Die nun bald vollendete Eisenbahn verwandelt einen großen Theil unserer binnenländischen Provinz in einen dem Meere anliegenden Küstenstrich und zieht sie heran zu unmittelbarem überseeischen Weltverkehr.) (Der Dampf ersetzt dann die etwa fehlenden natürlichen Triebkräfte;) Hand in Hand mit dem Vortheile der Unternehmer geht aber auf diesem bisher der Industrie noch nicht erschlossenen Boden die gesuude Entwickeluug eines kräftigen Arbeiterstandes, der von vornherein unter den nöthigen Garantien seine erst zu beginnende Laufbahn antritt, und nicht wie anderwärts schon gekränkte, natürliche Rechte durch revolutionäre Ausbrüche sich zu erringen nöthig hat. Die Krisis, worin sich augenblicklich das ganze gebildete Europa befindet, kann nicht resultatlos bleiben, muß namentlich auch für die Lage der Arbeiter eine wesentliche Verbesserung herbeiführen. Die gedeihlichste Entfaltung wird aber den Keimen zu Theil werden, die während des Gewittersturms noch versteckt im Boden gelegen haben, während andere schon mehr oder weniger über die Oberfläche emporgeschossene industrielle Anpflanzungen noch

lange an den Nachwehen des theilweise verheerenden Orkans zu tragen haben dürften. Allgemeinerer Wohlstand, bessere Verwerthung der Boden- und Menschenkräfte stellt also die nächste Zukunft grade unserer Provinz in Aussicht, wenn die nun geschiedenen Parteien dies und jenseits ihrer Abgrenzungslinie mit einander Frieden halten und ohne feindselige Behelligung sich gegenseitig gewähren lassen wollten. Es ist im Augenblick eine Art von Stillstand zwischen den Parteien eingetreten, die vor Kurzem noch drohend gegen einander lagerten. Möge diese Ruhe sich für die Dauer consolidiren, und hüben wie drüben wohl erwogen werden, daß die ganze, ihre Genesung kaum beginnende Provinz, von dieser andauernden Ruhe allein ihre Wiederstarkung erwartet, und jeden ihrer Söhne für die Zerrüttung und das Verderben verantwortlich macht, das ein Rückfall in die Aufregung der letzten Wochen nach sich ziehen würde.

Berichtigung. — Bei dem raschen Abdrucke der gestrigen Frankfurter Mittheilung sind im 4ten Antrag des Ausschusses einige Druckfehler vorgekommen. Dieser Passus lautet:

> 4) In Beziehung auf die Petitionen, welche Westpreußen betreffen, den nicht deutschen Bewohnern dieser Provinz zu erklären, daß die National-Versammlung allen nicht deutschen Volksstämmen auf deutschem Bundesboden (also auch überall auf demselben den Polen), ungehindert volksthümliche Edtwickelung u. s. w. gewährleistet habe.

---

† † Berlin, den 19. Juli. Wer Camphausen kennt, wird seine Weigerung zur Annahme des Vorsitzes im Reichsministerium erklärlich finden. Ich habe schon früher einmal darauf hingewiesen, wie der Camphausen mit Recht vorgeworfene Mangel an Thatkraft während seiner Amtsführung seinen tiefern Grund in dem Zwiespalt hat, in den der frühere Premierminister über die Stellung Preußens zu Deutschlands gerathen ist. Camphausens Edelmuth und Gewissenhaftigkeit ist selbst von seinen Gegnern anerkannt; beide Eigenschaften hatten die härteste Probe zu bestehen, als die große Frage der Zeit, die Ordnung der allgemein deutschen zu den preußischen Angelegenheiten in den Vordergrund kam, und es des Ministers Aufgabe wurde, hier entscheidend aufzutreten. Camphausen ist Rheinländer, man weiß, wie am Rhein deutsche Sympathieen vorwiegen, preußische dagegen schwächer vorhanden sind; es ist überflüssig, auf die Ursachen zurückzugehen, die diese Stimmung dort erweckt haben, denn es hieße von Neuem auf das abgetretene System schwere Steine werfen. Die Thatsache genügt, daß man am Rhein nichts weniger als französisch, sondern rein deutsch, dagegen weniger preußisch sein will, und hierdurch also der allgemein deutsche Gesichtspunkt der maßgebende ist. Diese Stimmung charakterisirt fast die ganze besitzende Klasse der Bevölkerung; ganz besonders ist in ihr die Ansicht der kleineren Grundbesitzer vertreten, die dort für die politische Bildung den Ausschlag geben. Nur in der höheren Klasse spricht sich eine Sympathie für Preußen aus, nicht für das Bureaukratisch-Absolutistische von früher, sondern für den Staat Preußen, der bei freier Verfassung durch eine ausgezeichnete Veranlagung des Volkes und intellektuelle Kraft zu einer geistigen Hegemonie in Deutschland berufen schien. Es ist die Ansicht, die früher so oft in der deutschen Presse herrschte: Preußen brauche nur zu wollen, und es hat den Vorrang in Deutschland. Camphausen gehörte dieser Richtung an, die Preußens Glorie sah, wenn es offen und ehrlich sich an die Spitze des constitutionellen Deutschlands gestellt hätte: für diese Ansicht kämpfte er mit vielen Anderen so muthig, aber ohne Erfolg bis zur Revolution. Zu dieser Zeit schlugen die Sympathieen in Antipathieen um, man entfernte in einem Theile Deutschlands sich von Preußen, je mehr man sah, daß nach dem gewaltsamen Sturz des früheren Systems und nachdem in ganz Deutschland eine Aenderung eingetreten, Preußen eine Hegemonie beanspruche. Süddeutsche Zeitungen brachten damals eine Fluth der gemeinsten Vorwürfe; die Taktik vieler Parteien ging dahin, dem Staate seine Stützen zu rauben und ihn für alle Fälle unschädlich zu machen. Unter solchen Umständen war Camphausen ins Ministerium getreten, erfüllt von dem Gedanken von Deutschlands Einheit, gleichzeitig bemüht, das preußische Staatsgebäude vor Verfall zu bewahren. Immer rühmte man an Camphausen geistige Klarheit: nun ja, aber gerade darum war es ihm nicht gelungen, den Weg zur vollständigen Versöhnung der preußischen und deutschen Interessen zu finden. Die Achtung, die der König vor seinem Premier-Minister hatte, ist bekannt; hierin, und eben weil Camphausen Preuße ist, scheint der Grund seiner Wahl durch den Reichsverweser zu liegen. So sehr ehrend für C. diese Wahl ist, hat er sie abgelehnt, weil der deutsche Reichshauptminister nur den deutschen Standpunkt einhalten muß, er aber mit Recht, und wenn er seinem Gefühle folgte, in seiner Wahl die Anerkennung und die muthmaßliche Vertretung preußischer Interessen erblickte, eine Aufgabe, die ihn für seine Person eine unausführbare deuchte.

Berlin, den 20. Juli. Das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hat ausgesprochen, wie es fortan keinem Bedenken unterliege, daß auch Kirchen, Schulen, milde Stiftungen und andere öffentliche Anstalten, so weit es ihre Mittel gestatten, sich bei der freiwilligen Anleihe betheiligen, und in politischer Hinsicht es selbst im Interesse der gedachten Anstalten rathsam erscheine, wenn diese Betheiligung in solchem Umfange erfolge, als verfügbare und ohne Verlust realisirbare Fonds vorhanden seien.

— (N.-Z.) Der Minister des Innern hat eine Verfügung an sämmtliche Regierungspräsidien erlassen, worin er ihnen mittheilt, daß er zwar, seiner neulichen Erklärung in der National-Versammlung getreu, jeden ungerecht angegriffenen Staatsbeamten vertreten werde, er jedoch nicht gesonnen sei, ferner Beamte im Dienste zu dulden, welche sich Uebergriffe erlaubten, oder ihren amtlichen Einfluß zur Verwirklichung reactionärer Bestrebungen benutzten. Der Minister fordert daher die Regierungs-Präsidien auf, diese Verfügung mit dem Bemerken bekanntzumachen, wie es für jeden, einem freisinnigen Regierungssystem nicht Zugethanenen, eine Ehrensache sei, sofort um seine Entlassung einzukommen. Kämen dessenungeachtet Uebergriffe oder reactionäre Bestrebungen der Beamten vor, so würden letztere sofort entlassen.

— Die Lage der Handels- und Industrieverhältnisse unserer Provinzen verlangt gebieterisch, daß wir ihnen die größte Aufmerksamkeit schenken, denn mit dem von Süddeutschland auch für uns beabsichtigten Schutzzolltarif, im Namen des einigen Deutschlands, würden unsere See- und Handelsstädte völlig ruinirt und dem Monopole einiger süddeutschen Fabrikanten geopfert werden. Deshalb haben einige Ostseestädte und einige andere Plätze den Entschluß gefaßt, eigene Deputirte nach Frankfurt zu senden, um Preußens Interessen auf alle Weise wahrzunehmen. Von Danzig aus geht unter andern der Kaufmann Behrend dorthin, dem sich von hier aus mehrere Deputirte anschließen werden. Deshalb ist auch der hiesige Freihandelsverein unverzüglich wieder zusammengetreten, um Vorträge zur Aufklärung über unsere Interessen zu halten und Eingaben an die Nationalversammlungen zu machen. Sollte Herr Duckwitz, von Bremen, wirklich deutscher Handelsminister werden, neben Herrn v. Rönne als Finanzminister, so ist in der That die größte Gefahr für unsern Wohlstand vorhanden und kein Augenblick zu verlieren.

— Der Handelsminister Milde hat gestern mit seiner Familie seine Amtswohnung in der Wilhelmsstraße bezogen.

— Die Commission zur Feststellung eines Verfassungs-Entwurfs hat sich am Sonnabend für das Zweikammer-System entschieden und zwar so, daß die erste von den Behörden der Kreise und Provinzen zu erwählen ist; die Prinzen sind keine geborenen Mitglieder derselben. Die Abtheilungen haben die Berathung des Bürgerwehrgesetzes beendet und beschäftigen sich jetzt mit der Zwangsanleihe. Nach den neuesten Ereignissen hat die republikanische Linke bedeutend an Terrain auch in den Abtheilungen verloren; der Gedanke an das einige Deutschland ist keinesweges zurückgetreten, aber man will Preußens Macht nicht zum Nachtheil von Deutschland in den Schatten stellen lassen. Der lebhafteste Wunsch aller Parteien geht jetzt auf die baldige Vorlage des Communal-Gesetzes, welches von der Regierung auf das Eifrigste berathen wird. Wer die großen Schwierigkeiten, welche sich an dies Gesetz knüpfen, nur einigermaßen zu würdigen weiß, wird indeß die ernste Erwägung desselben am Orte finden, selbst unter der Bedingung, daß die Vorlage noch einige Zeit verzögert werden sollte.

— Das gegen den Studenten Moneke wegen Majestäts-Beleidigung in erster Instanz ergangene, auf drittehalbjährige Festungshaft und Kokarden-Verlust lautende Erkenntniß ist von dem Ober-Appellations-Senat des Kammergerichts gestern lediglich bestätigt worden.

— Das gegen den Hauptmann v. Natzmer, die Lieutenants Techow und v. Arnold gefällte kriegsgerichtliche Erkenntniß hat, wie man hört, die Königliche Bestätigung noch nicht erhalten. Weiterem Vernehmen nach, lautet der Spruch des Kriegsgerichts, in welchem der Kommand. des 3. Armeekorps, General-Lieutenant v. Weyrach den Vorsitz geführt, gegen Natzmer auf zwanzigjährige, Techow auf lebenswierige und Arnold auffünfjährige Festungshaft.

Hier sieht es ruhig und friedsam aus. Die eisernen Gitterthore sind heut an alle Portale des Schlosses befestigt worden, ohne scheinbar eine von etwas Anderem, als Neugierde getriebene Menge herbeizuziehen. Die über Korn, Sigrist, Löwinson und Urban gesprochenen Urtheile kommen ihren Anhängern ganz unerwartet, sie hatten auf Freisprechung sicher gezählt und beschlossen, die Angeklagten nach erfolgter Absolution sofort im Triumph durch die Straßen zu tragen. Die Behörde hatte hiervon Nachricht bekommen, und da sie unruhige Auftritte befürchtete, so war am Sonnabend das erste Garde-Regiment von Charlottenburg nach Moabit vorgeschoben worden.

Frankfurt a. M., den 17. Juli. 39ste Sitzung der Deutschen National-Versammlung am 15. Juli. Die Sitzung wurde nach 9½ Uhr von dem Präsidenten von Gagern eröffnet. Grumbrecht knüpfte an die Vorlesung des Protokolls der letzten Sitzung die Bemerkung, daß sich die Abgeordneten Detmold von Hannover und Deymann von Meppen von der Erklärung der Hannoverschen Abgeordneten ausgeschlossen hätten.

Der Präsident theilte eine mittelst Schreibens demselben zugegangene Botschaft des Reichsverwesers an die konstituirende National-Versammlung, so wie Abschrift der Ernenungs-Urkunden der bis jetzt ernannten Reichsminister, Anton v. Schmerling (Reichsministers des Innern und der Auswärtigen Angelegenheiten), Johann Gustav Heckscher (Reichsminister der Justiz) und des Königlich Preußischen General-Majors Eduard v. Peucker (Reichs-Kriegsminister), sodann eine von dem Reichsverweser an das Deutsche Volk erlassene Proclamation (s. das gestrige Blatt des Preuß. Staats-Anz) mit. Nach dem Inhalte der Botschaft wird sich der Reichsverweser unverzüglich nach Wien begeben, um das in der Proclamation vom 6. Juli zu Wien gegebene Versprechen zu lösen, den Reichstag in Wien zu eröffnen. Der Reichsverweser wird Frankfurt nur auf kurze Zeit verlassen, begleitet von dem Justizminister. Es sind vorläufig nur die Minister für die nothwendigsten Geschäftszweige ernannt; die Vervollständigung des Ministeriums wird nach der Rückkehr erfolgen. Daß der Reichsverweser in Begleitung von Heckscher am 15. d. nach Wien abgereist ist, haben wir bereits gestern gemeldet.

Nach Verlesung der vorbezeichneten Urkunden, von denen insbesondere die Proklamation mit Jubel aufgenommen wurde, nahm der Reichs-Minister v. Heckscher das Wort, um einige Erläuterungen über die Reise zu geben. Es ist nach diesen bereits Vorsorge für einen Stellvertreter des Erherzogs Johann in Wien getroffen. Reichs-Minister von Schmerling erklärte die Proklamation an das Deutsche Volk als das Programm des Ministeriums. Es kann dem Ministerium nicht beifallen, Einfluß auf die Begründung des Verfassungs-

werkes üben zu wollen. Damit aber die National-Versammlung sich ungestört ihrer Aufgabe widmen könne, muß Deutschland regiert werden; es muß ruhig sein. Das Ministerium wird sich bemühen, den äußeren Frieden zu erhalten, diese Bemühung aber hat ihre Gränzen. Das Ministerium wird nie zugeben, daß die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands bedroht werde durch Gefahren irgend woher. Es wird dann entschiedene Maßregeln empfehlen und unbesorgt um den Ausgang der Empfehlung auf Deutschlands Kraft vertrauen. (Beifall.)

Wiedemaun berichtet im Namen des Gesetzgebungs-Ausschusses eben die in Bezug auf politische Verbrechen eingegangenen Petitionen. Der Ausschuß ist bis auf zwei Mitglieder der Ansicht, daß die National-Versammlung keinen Grund habe, auf dem Rechtswege einzugreifen, und daß dieselbe wegen der Petition zur motivirten Tagesordnung übergehen soll.

Moritz Mohl verlas einen bereits gedruckten längeren Bericht über einen Antrag Haßler's, den Schutz der Donau-Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft zu Ulm gegen Störung des freien Verkehrs betreffend. Nach diesem haben ungeachtet der bereits früheren Bestimmungen über Freiheit der Schifffahrt auf den Deutschen Flüssen mehrere Regierungen Privilegien zur Dampfschifffahrt auf der Donau ertheilt, welche man ausschließend geltend zu machen sucht. Die Schiffer-Innungen der Donaustädte beharren noch forthin auf veralteten Vorrechten, nach welchen sie allein Güter aus- und einladen wollen. Die Schifffahrt ist mit Zöllen belastet, das Fahrwasser nicht genügend regulirt. In dem jetzigen Jahre, wo der Verkehr so vielen Abbruch erlitten hat, suchen die Schiffer um so mehr ihre beanspruchten Privilegien festzuhalten. Am 19. Juni d. J. suchten die Schiffer in Linz die Schleppschiffe an der Einladung von Gütern zu verhindern, drohten mit Zerstörung der Dampfschiffe 2c. Alle Beschwerden bei der Obderens-Regierung zu Linz waren vergeblich und scheiterten an einer hervorgesuchten Verordnung vom 31. März 1830, nach welcher die Linzer Schiffer bei ihrem Vorrecht, ausschließlich Güter zu verladen, erhalten werden sollen. Der Ausschuß hält jene Beschwerde für gerechtfertigt und beantragt die Eingabe der Dampfschifffahrts-Gesellschaft zu Ulm vom 1. Juli der provisorischen Exekutiv-Gewalt zur schleunigen Einschreitung in der Richtung mitzutheilen, 1) daß die Oesterreichische Regierung zur Aeußerung über den Inhalt dieser Eingabe veranlaßt, zugleich aber 2) wenn die behaupteten Thatsachen richtig sind, insbesondere wenn die Kundmachung der Kaiserl. Obderensschen Landes-Regierung vom 31. März 1830 bezüglich der nicht Oesterreichtschen Schiffer noch nicht außer Wirksamkeit gesetzt ist, die Kaiserl. Regierung zur unverweilten Erlassung einer Verfügung aufgefordert werde, durch welche die nicht Oesterreichischen Schiffer den Oesterreichischen hinsichtlich der Freiheit von Schifffahrt und Handel gleichgesetzt werden; 3) daß der Nationalversammlung über den Stand der Angelegenheit möglichst baldige Nachricht von der provisorischen Centralgewalt ertheilt werde.

Es wurde nunmehr zu dem ersten Gegenstand der Tagesordnung, dem Bericht des Ausschusses für Wehr-Angelegenheiten, gegangen. Die Versammlung beschließt die Wiederaufnahme der am 7. Juli bereits gischlossen erklärten Discussion, indem vom Ausschusse noch eine nachträgliche Erläuterung gegeben worden, und zwar die sofortige Fortsetzung ohne Rücksicht auf die Abwesenheit des Reichs-Kriegs-Ministers. (Schluß folgt.)

Frankfurt a. M., den 18. Juli. Die provisorische Centralgewalt für Deutschland hat an die Regierungen aller Deutschen Staaten die Mittheilung erlassen, daß der Reichsverweser die verantwortlichen Minister ernannt und daß die Ausübung der der provisorischen Centralgewalt durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 übertragenen Rechte begonnen wurde.

Sie hat in dieser Mittheilung ausgesprochen, daß sie bei der Ausübung ihrer gesetzlichen Gewalten auf die thätige vertrauungsvolle Mitwirkung aller Deutschen Regierungen rechne, die mit ihr in dem lebendigen Wunsche sich vereinigen, dem Deutschen Volke die Segnungen der Freiheit, der Unabhängigkeit und des Friedens zu verschaffen.

Die provisorische Centralgewalt hat den Wunsch ausgedrückt, daß nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 bald von den Landes-Regierungen Bevollmächtigte ernannt würden, um mit ihnen in Verbindung zu treten. Die provisorische Centralgewalt hat erklärt: sie wünsche mit den Bedürfnissen der Deutschen Regierungen und der Deutschen Volksstämme, so weit sie den nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 bestimmten Wirkungskreis berühren, auf das umfassendste sich bekannt zu machen, und sie zähle hierbei auf freimüthige, unumwundene Mittheilung, welche sie mit gleicher Offenheit erwidern werde.

In der 40sten Sitzung der Deutschen National-Versammlung am 17. Juli wurde eine Botschaft des Reichsverwesers mitgetheilt, wonach während der Abwesenheit des Reichs-Justiz-Ministers dessen Functionen dem Reichs-Minister des Innern übertragen sind. Nach einer kurzen Diskussion über die Form der an die Minister zu richtenden Interpellationen erstattete der internationale Ausschuß seinen Bericht über die posensche Frage. Derselbe beantragt Anerkenung der Einverleibung eines Theiles des Großherzogthums Posen und Zulassung der dortigen Abgeordneten (siehe unsere gestrige Zeitung.) Die Wahl des Herrn Heldmann in Nidda wurde auf Antrag des Legitimations-Ausschusses von der Versammlung für ungültig erklärt. Der Tagesorduung gemäß wurde sodann die Berathung über den Art. I. § 3 der Grundrechte forgesetzt.

Heidelberg, den 17. Juli. Seit einigen Tagen befindet sich unsere akademische Jugend in lebhafter Aufregung, und es scheint ein Theil derselben entschlossen, heute noch die Stadt zu verlassen. Eine kleine Anzahl von Studirenden hatte einen demokratischen Verein gegründet, der nach Angabe der Statuten sich als Ziel gesetzt hatte, durch die Presse, Belehrung u. s. w. die Einrichtung der demokratischen Republik vorzubereiten. Eine Aufforderung zum Beitritt, die am schwarzen Brett erschienen war, wurde vom Universitätsamte zwei Mal weggenommen, der Verein selbst aber durch Ministerialerlaß aufgelöst. Obwohl die Mitglieder des unterdrückten Vereins dem Vernehmen nach nur ein Zwanzigtheil der Studentenschaft ausmachten, so sah die Mehrzahl doch in diesem Verbot eine Kränkung der akademischen Rechte; denn ohne mit jener demokratischen Tendenz zu sympathisiren, glaubten dieselben doch, eine einseitige Bevormundung wahrzunehmen, daß man andere Vereine ähnlicher Art bestehen lasse, einen aus Studirenden bestehenden aber unterdrücke. Eine größere Versammlung sprach sich dahin aus, daß aus dem angeführten Grunde die Sache des unterdrückten Vereins eine allgemeine Studentensache sei und schickte eine Deputation nach Karlsruhe, um ungesäumte Zurücknahme des Verbotes zu erwirken. Ein Ministerialreskript berief sich auf bestehende Gesetze früherer Zeit und versicherte, es sei im verflossenen März eine Erweiterung der bestehenden Associationsrechte weder gefordert noch erreicht worden. Gestern Abend verkündete die Deputation den Studirenden diese Antwort, sie waren dadurch nicht befriedigt und entschlossen sich nun, heute Morgen die Stadt zu verlassen und nach Neustadt a. d. Hardt zu ziehen. In diesem Augenblick werden die Vorbereitungen dazu getroffen. Ein Anschlag des akademischen Senats mahnt die Studirenden ab, auf diesem Wege ihr vermeintliches Recht zu verfolgen, und erinnert sie daran, daß das Gesetz von 1833, dessen Hauptbestimmungen beigedruckt sind, und welches der Regierung das Recht giebt, jeden Verein, der ihr gefährlich scheint, aufzulösen, auch heute noch in anerkannter Wirksamkeit bestehe. Der Aufruf wird an den Straßenecken angeschlagen, aber, wie wir uns durch eigne Anschauung überzeugten, auch sogleich wieder (nicht von Akademikern) abgerissen. Es scheinen darnach auch Leute thätig zu sein, in deren Interesse es liegt, eine Verständigung wo möglich zu hindern. Gegen 11 Uhr soll, wie wir hören, der Auszug stattfinden. (D. Z.)

Die „Karlsr. Ztg." enthält folgende „abgedrungene Provokation" Karl Heinzen's gegen Hecker: „Wie man mir schreibt, enthält das in Rheinfelden erscheinende Blatt „Volksfreund" eine Erklärung der Herren Hecker, Mögling und Schöninger, wonach diese Herren mit mir „in keinerlei Verbindung stehen." Was die Adjutanten oder Trabanten Hecker's betrifft, so weiß ich nicht, ob das Publikum eine besondere „Verbindung" dieser Notabilitäten mit mir vorausgesetzt hat; ihrer Lossagung könnten sich, däucht mir, mit demselben Recht tansend andere gleichgiltige Personen anschließen. Was Hecker selbst betrifft, so habe ich diesem schon vor längerer Zeit in Hüningen die „Verbindung" meinerseits aufzukündigen mich genöthigt gesehen. Das Räthsel, das er in seiner Erklärung jetzt dem Publikum aufgiebt, wird er hoffentlich vollständig lösen. Nachdem er einmal den öffentlichen Weg betreten, erwarte und verlange ich, daß er, und zwar nicht in unzureichenden Zeitungserklärungen, mit der Sprache ganz herausrücken werde; ich werde ihm mit ganzer Sprache antworten. Ich lasse den Vorwurf nicht auf mich kommen, daß ich Streit im eigenen Lager hervorgerufen; aber wo ich genöthigt werde, im Interesse meiner Ehre oder im Interesse einer Sache, für die ich nicht ein Kämpfer von gestern bin, hervorzutreten, da darf ich keinen Handschuh liegen lassen, der nicht gar zu schmutzig ist. Biel, Kanton Bern, den 7. Juli 1848. K. Heinzen."

Aus dem Odenwalde den 14. Juli. Dem unruhigen Treiben in der Grafschaft Erbach ist plötzlich durch eine militairische Demonstration ein Ende gemacht. An der Spitze von 4 Compagnien Infanterie, einer Batterie Artillerie und einer halben Schwadron leichter Reiterei rückte Major Gräkmann am 10. Juli in Michelstadt ein. Am folgenden Morgen wurde Karl Rexroth I., der bei den dortigen Umtrieben am meisten gravirt sein soll, verhaftet, und unter Escorte nach Darmstadt abgeführt. Andere, denen kein besseres Loos bevorzustehen schien, hatten sich durch die Flucht der ihnen drohenden Verhaftung entzogen. Zu weiteren Verhaftungen wurde gegen Personen vorgeschritten, die beschuldigt sind, aufrührerische Schriften verbreitet zu haben. Mit dem Militair zog zugleich eine Untersuchungs-Commission ein.

Darmstadt, den 13. Juli. Es werden gegenwärtig auf dem hiesigen Exerzierplatze Schießversuche aus Geschützen mit gefüllten Kugeln angestellt, deren Wirkung erstaunlich sein soll. Jede solche Kanonenkugel ist mit 80 gewöhnlichen Musketenkugeln gefüllt, und das Ganze mit geschmolzenem Schwefel so verbunden, daß die Füllung eine feste Masse bildet. Der Zeitpunkt des Zerspringens beruht auf dem darauf gesetzten Tampin oder Zündrohr, das mit Nummern versehen ist. Das Zerspringen in jeder beliebigen Schußweite wird dadurch bewerkstelligt, daß man das Zündrohr an dieser oder jener Nummer anbohrt, was alles auf der genauesten Berechnung beruht. Hat die Kugel den bestimmten Raum durchflogen, so zerspringt sie im Fluge, und treibt ihre mörderische Füllung, die sich fächerförmig ausbreitet, in gerader Richtung vorwärts. Die Wirkung dieser gefüllten Kugeln ist weit furchtbarer, als die der gewöhnlichen Kartätschenschüsse, und Männer vom Fache, die den Versuchen beiwohnten, behaupten, daß wenige Schüsse hinreichen würden, ganze Colonnen niederzuschmettern. Der Lehrer dieser mörderischen Erfindung ist ein Herr Fröbel aus dem Hannoverschen; er verkaufte sein Geheimniß an die hiesige Artillerie um 900 Thlr. und 3 Thlr. Diäten täglich, so lange seine Gegenwart bei den Versuchen nöthig ist.

Hamburg, den 17. Juli, 8 Uhr Abends. Die eben eingetroffenen Dänischen Blätter bis zum 15. d. bringen wenig Neues. Faedreland theilt die schon mehrerwähnten Waffenstillstandsbedingungen mit, die aus 12 Paragraphen bestehen. Zu bemerken ist, daß wieder mehrere Erkenntnisse über Deutsche Schiffe gefällt, und zwar das Schiff „Fairy," Kapitän Blodorn, noch am 15. d. für gute Prise erklärt worden ist.

— Handelsbriefen aus Kopenhagen zufolge, verlautete daselbst eine halbe Stunde vor Abgang des Dampfschiffes, daß die Verhandlungen zwischen Wrangel und Hedemann abgebrochen seien. In der Nacht wurde Generalmarsch in der Kaserne geschlagen, was einige Unruhe veranlaßte. Es verlautete nur, daß 4000 Mann Truppen sich bereit halten sollen, zum Heere abzugehen.

— Ein uns direkt zugehendes Schreiben aus Kopenhagen vom 14. d., aus guter Quelle, meldet im Widerspruche hiemit, daß der Waffenstillstandsvertrag in einer Staatsrathssitzung am 12. d., welcher der König selbst beiwohnte, ratificirt sei. Die nächste Zukunft muß lehren, was es mit allen diesen Widersprüchen für eine Bewandtniß hat.

Altona, den 17. Juli Der General v. Neumann, General-Adjutant des Königs von Preußen, ist gestern Morgen, von Berlin kommend, von Altona nach Rendsburg abgegangen. — Das v. d. Tannsche Freicorps hatte den 13. von Seiten des Obercommandos den Befehl erhalten, am 15. seine

Stellung an der Ostküste zu verlassen, und in einigermaßen forcirten Märschen nach Rendsburg zurückzukehren. Dort angekommen, soll es von Seiten der provisorischen Regierung, unter Danksagung für seine geleisteten vielen guten Dienste aufgelöst werden.

Wien, den 17. Juli. (Bresl. Ztg.) Die (bereits erwähnte) von dem Offizier-Corps angeregte Verbrüderung zwischen der hiesigen Garnison und der Nationalgarde fand am 14. troz der ungünstigen Witterung im Salon des Augartens statt. Sowohl der Kriegs-Minister Graf Latour, als die Generalität und viele Offiziere, so wie einige Tausend Nationalgardisten und Studenten, waren gegenwärtig. General Frank und Grenadier-Hauptmann Braun waren die Hauptsprecher von militairischer Seite; sie versicherten, daß die Armee vollkommen constitutionell gesinnt und zur Vertheidigung der Freiheit bereit sei und nur dann sich feindlich erheben werde, falls man die monarchische Regierungsform verlassen oder die Dynastie stürzen wolle. Von der anderen Seite traten Professor Reutter, Dr. Frenkl und Student Willner als Redner auf. Vom Augarten ging der Zug des Offizier-Corps im Geleite zahlreicher Nationalitäten durch die Leopoldstadt in die Stadt über alle Hauptplätze unter dem beständigen Jubelrufe des Volks und dem Wehen der Tücher der aus den Fenstern schauenden Damen. Später erschien eine Ansprache der hiesigen Garnison an die Bevölkerung der Hauptstadt, worin sie ihre Anhänglichkeit an das constitutionelle System, gleichzeitig aber ihren Unwillen über die Zügellosigkeit der Presse zu erkennen gab.

Wien, den 18. Juli. Obwohl man erst gestern Abends die Rückkehr des Erzherzogs Johann erwartete, ist derselbe bereits um 3 Uhr Nachmittags in Nußdorf ans Ufer gestiegen und mittelst der Hofwagen unter großem Volksjubel in die Burg gefahren. Um halb 5 Uhr langte der Erzherzog in der K. Hofburg an und begab sich sofort in die Gemächer der Reichskanzlei, wo er sich, noch in Reisekleidern, auf den Balkon begab und folgende Worte an das zahlreich versammelte Volk sprach: „Meine lieben Wiener! Als ich Euch vor acht Tagen verließ, versprach ich am 17. d. wieder zurückzukommen. Ich habe mein Wort treulich gehalten. Eure Deutschen Brüder lassen Euch schönstens grüßen!" worauf sich Se. Kais. Hoheit unter dem Jubel der Versammlung wieder zurückzog. Da der Erzherzog äußerst ermüdet von der Reise hier ankam (er hatte die Strecke von Frankfurt bis Wien in 42 Stunden zurückgelegt), so hat er sich den auf den Abend bestimmten Fackelzug verbeten. An demselben Tage und um dieselbe Zeit kam auch die Gemahlin des Erzherzogs aus Steyermark mit Familie in Wien an. Da ihr Eintreffen schon vorher bekannt worden war, so wurde auch ihr ein Empfang bereitet, so feierlich und herzlich, wie dieß den gemüthlichen, die größte Pietät gegen ihren Fürsten hegenden Wienern eigen ist. Es ist dabei bezeichnend, daß die zu ihrer Einholung abgesendete Deputation dieselbe direct in die kaiserliche Burg führte und auf Geheiß des Sicherheitsausschusses durchaus nicht zugab, daß die Reisende in dem Privat-Palais des Erzherzogs abstieg. Dieß erregte unter der Einwohnerschaft den größten Jubel. Eben so sind in dem kaiserlichen Schlosse zu Schönbrunn besondere Zimmer für dieselbe eingerichtet worden, so daß dieselbe von nun an stets mit ihrem erzherzoglichen Gemahle in Wien zusammen wohnen wird.

Heute ist der Reichsverweser nach dem Lustschloß Schönbrunn abgereist, wo er sich ein paar Tage aufhalten wird, da die Eröffnung des Reichstages wegen einiger Vorbereitungen noch um einige Tage verschoben worden ist. Die Rückkehr des Kaisers erwartet man am 23. d. M. (Schl. Ztg.)

— Die Lebensfrage des Ausschußes: „Fortbestehen oder Auflösen," Sein oder Nichtsein wurde verhandelt; und, nachdem sich alle Stimmen (bis auf drei) für das Fortbestehen erklärt, wurde beschlossen: daß der Ausschuß nach wie vor seine ihm am 26. Mai gestellte Aufgabe: die Aufrechthaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit und die Wahrung der Volksrechte, dem Reichstage untergeordnet, verfolgen werde.

Aus Galizien, den 11. Juli. Einem Schreiben aus Desenzano vom 7. Juli zufolge hörte man dort die ganze Nacht Kanonendonner in der Gegend von Verona, der wahrscheinlich von dem Feuer der Oesterreicher auf die sich nähernden Piemontesischen Truppen herrührt. Bei Anbruch des Tages war die ganze Garnison von Peschiera unter den Waffen, da das Gerücht ausgesprengt war, daß der Feind einen Versuch zur Wiedereroberung dieser Festung beabsichtige. Später zeigte es sich jedoch, daß F.-M. Radetzky während der Nacht mit einer Colonne die Richtung nach Villafranca eingeschlagen habe. Dieß verursachte große Bewegung im Lager; Carl Albert verließ sofort mit seinem ganzen Stabe Roverbella und schlug ebenfalls die Richtung nach Villafranca ein. Alles endete mit unbedeutendem Verluste. (Ital. Bl.)

Tarnopol, den 12. Juli. Gestern Abends 8 Uhr ist von der K. K. Gensd'armerie eine Abtheilung polnischer Edelleute eingebracht worden, welche, aus Rußland kommend, die Grenze zu Pferde und vollkommen bewaffnet überschritten haben. Sie geben an, daß der Despotismus, mit welchem die Polen in Rußland behandelt werden, sie zu diesem Schritte gezwungen hat, und daß ihnen, um demselben zu entfliehen, kein anderer Weg übrig blieb als der, sich dem österreichischen Schutze in die Arme zu werfen.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 16. Juli. In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung legte der Finanz-Minister der Versammlung einen Gesetz-Entwurf vor, der die Auflage einer Hypotheken-Angabe anordnet. Der Minister hat diesem Entwurf die Modifikationen, welche das Finanz-Comité in dem früher zu diesem Zweck eingebrachten Gesetz-Entwurf vorgeschlagen hatte, zu Grunde gelegt. Es soll danach, blos für 1848, von den Darleihen, die schon vor dem Monat April 1848 hypothekarisch eingetragen worden, eine Steuer von einem Fünftel des Zinses der geliehenen Summen zu Lasten des Gläubigers erhoben werden. Den übrigen Theil der Sitzung füllte der Bericht über eine Petition der christlichen Bevölkerung des Libanon und die darüber entstehende Diskussion. Die Petitionaire hatten Frankreichs Schutz gegen den Druck, unter welchem sie leben, in Anspruch genommen. Herr Sarrans, der Berichterstatter, setzte die schon in der Deputirten-Kammer früher wiederholt zur Sprache gekommenen Zustände im Libanon nochmals aus einander und erkannte auch die Bemühungen der vorigen Regierung Frankreichs zu Gunsten der dortigen Christen an; jetzt aber, meinte er, nach der Französischen Februar-Revolution, müsse dort Alles durch Frankreichs Einfluß noch ganz anders werden. Herr Jules Bastide, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, bemerkte darauf: „Die in der inneren Form unserer Regierung vorgegangenen Veränderungen scheinen mir nicht auch eine Veränderung in unseren Beziehungen zur Pforte verursachen zu müssen. Die geographischen Verhältnisse und die Interessen sind dieselben geblieben. Ja noch mehr, bei den ernsten Umständen, in welchen sich Europa befindet, kann die Pforte möglicherweise berufen sein, eine eben so nützliche als ehrenvolle Rolle zu spielen, und in diesem Falle erheischt es die Politik unseres Vortheils wie unserer Sympathieen, der Pforte allen Beistand zu leihen, dessen sie bedarf. Wenn aber die Französische Republik geneigt ist, die freundschaftlichen Beziehungen, welche uns stets mit der Pforte verbunden haben, zu bewahren und noch enger zu knüpfen, so haben wir nur um so mehr Anlaß, die mit ihr abgeschlossenen Verträge und Conventionen aufs gewissenhafteste aufrecht zu halten. Was insbesondere den Libanon betrifft, so ist es unser Recht und unsere Pflicht, eine Pflicht der Ehre und des Herzens, der wir uns nicht entziehen werden, darüber zu wachen, daß die Christen, welche diese durch ihre geographische Lage so wichtige Gegend bewohnen, sich eines wirksamen Schutzes und einer vollständigen Sicherheit erfreuen. Wir müssen darüber wachen, daß die Syrischen Christen nicht von den Drusischen Bevölkerungen unterdrückt werden, welche Mächte auch immer sich bemühen mögen, die Wagschaale zu Gunsten der letzteren neigen zu machen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Drusen nicht ausschließlich das Privilegium haben, Waffen zu tragen, die Christen dagegen ihren Feinden wehrlos überliefert werden. Es ist Sache der Pforte, zu erwägen, welche Mittel ihr die besten scheinen, um zu diesem Ziel zu gelangen; unsere Sache ist es, darauf zu bringen, daß das Ziel erreicht werde. Darauf hin geht der Bericht des Bürger Sarrans, und in diesem Sinn haben auch unsere Agenten ihre Weisungen erhalten. Die Regierung wird nichts versäumen, auf daß sie gehörig beachtet werden, und die letzten Veränderungen im Ottomanischen Kabinet geben eine neue Zuversicht, daß wir in dieser Hinsicht unsere Zwecke vollkommen erreichen werden." Die Versammlung beschloß, die ihr vorgelegte Petition an den Chef der vollziehenden Gewalt und an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu überweisen.

— Die Büreaus der Nationalversammlung sind in der verflossenen Woche rascher als bisher mit der Prüfung des Verfassungs-Entwurfs vorgeschritten. Die Kapitel 3 und 4 über die vollziehende Gewalt und den Staatsrath der Republik haben fast in allen Büreaus lange und bedeutende Debatten veranlaßt. Zwei Systeme wurden besonders lebhaft erörtert: das der Kommission, welches die vollziehende Gewalt einem durch allgemeines Stimmrecht und direkte Wahlen zu ernennenden Präsidenten überträgt, und das System der durch die Nationalversammlung vorzunehmenden Präsidentenwahl.

— Der Gesetz-Entwurf in Betreff der Klubs ist schon in den meisten Büreaus berathen worden; im Allgemeinen zeigte sich die Majorität den ministeriellen Vorschlägen günstig. Bezüglich der Journal-Cautionen sind die Ansichten in den Büreaus sehr getheilt, und wenn auch der Grundsatz der Cautions-Leistung gutgeheißen wird, so glaubt man doch, daß die einzelnen Bestimmungen über seine Anwendung bedeutende Abänderungen erleiden werden.

— Das Arbeits-Comité der Nationalversammlung hat sich gestern für den Vorschlag der Herren Astoin, de la Boulie und Olivier erklärt, nach welchem im Fall des Fallissements eines Arbeitsgebers die von ihm beschäftigten Arbeiter zum Belauf eines dreimonatlichen Lohns den Vorzug vor allen anderen Ansprüchen haben und dabei die in den Handelsgesetzen vorgeschriebenen Förmlichkeiten wegfallen sollen.

— Abgeordnete der Setzer und Drucker suspendirter Journale begaben sich vorgestern zu Cavaignac, um die Aufhebung der Suspension zu beantragen. Herr Marie, der Präsident der National-Versammlung, empfing sie und eröffnete ihnen, indem er jede Verantwortlichkeit für die Maßregel ablehne, daß in kurzem die Frage eine für alle Betheiligte befriedigende Lösung finden werde. In einer von den Eigenthümern der „Presse" gegen die Suspension dieser Zeitung veröffentlichten Protestation finden sich folgende Notizen: Mindestens 15,000 unter den 70,000 Abonnenten der „Presse" haben sich, da ihr Abonnement am 30. Juni ablief, nothgedrungen auf andere Blätter abonniren müssen; weitere 15,000, deren Abonnement am 15. Juli oder später abläuft, haben schon auf Erneuerung desselben verzichtet oder werden dies noch thun. Die Suspension entzieht somit der „Presse" etwa 30,000 Abonnenten, welche sofort mindestens 300,000 Fr. bezahlt hätten, und deren Einbuße jährlich auf weit über eine Million zu veranschlagen ist; 20 Redakteure, 25 Büreau-Angestellte, 70 Setzer und Korrektoren, 20 Maschinisten und Papierausleger, 64 Zusammenlegerinnen und 560 Austräger sind gegenwärtig ohne Salar. Der Schatz verliert durch die Suspension täglich 2000 Fr., und die Fabrikanten des Papiers und der Schwärze, so wie die Schriftgießer, büßen im Durchschnitte täglich 4000 Fr. ein.

(Mit einer Beilage)

Belgien.

Brüssel, den 16. Juli. Der „Moniteur" veröffentlicht folgenden Königlichen Beschluß: „Art. 1. Es sollen bei der Kunst-Ausstellung für 1848 zwei Jury's eingesetzt werden, die eine mit dem Zwecke, die Zulassung von Kunst-Gegenständen zur Ausstellung zu verfügen, die andere, um die Vertheilung von Belohnungen und Aufmunterungen, so wie den Ankauf von Gemälden, vorzuschlagen. Art. 2. Die erste Jury wird aus acht Mitgliedern zusammengesetzt, und zwar aus vier Malern, wovon wenigstens zwei Historien-Maler sein müssen, aus zwei Bildhauern, einem Graveur und einem Zeichner. Jeder Belgische oder in Belgien wohnende Künstler, welcher die Ausstellung beschickt, ist berechtigt, an der Wahl dieser Jury Theil zu nehmen. Art. 3. Die Jury für die Belohnungen und Ankäufe ist zusammengesetzt aus sieben in derselben Weise wie oben gewählten Mitgliedern." Die Regierung behält sich vor, diese Zahl bis auf elf zu vermehren durch Beiordnung von vier direkt von ihr selber ernannten Mitgliedern. Dieser Beschluß enthält eine wichtige Neuerung. Früher wurden die Angelegenheiten der Ausstellung durch ein Comité besorgt, welches ganz vom betreffenden Minister gewählt war, eine Maßregel, gegen welche die Künstler seit vielen Jahren regelmäßig Protest eingelegt hatten.

Schweiz.

Tagsatzung. Sitzung vom 14. Juli. An der Tages-Ordnung ist die Note des Deutschen Bundes und die der Badischen Regierung (wegen der Deutschen Flüchtlinge). Die Deutschen Abgeordneten sind heute nicht auf der Tribüne zu bemerken. Die Umfrage betrifft nicht, wie Zürich bemerkt, daß die Noten heute beantwortet werden oder irgend ein Beschluß gefaßt werden soll, sondern es wird eine Kommission zu näherer Untersuchung, zur Entwerfung einer Antwort oder anderer Maßregeln beantragt, welcher auch die von den einzelnen Kantonen einzuholenden Berichte übergeben werden sollen. Es wurden vorerst sämmtliche neue Aktenstücke vorgelesen, welche den Ständen durch Kreisschreiben übermittelt werden sollen. Sie bestehen in einem Rundschreiben des Central-Ausschusses der Deutschen in der Schweiz in Biel, vom Präsidenten Becker und Sekretair Hattemer unterzeichnet, worin mit dem Motto „Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft" alle Deutschen zu fortgesetzter Republikanisirung Deutschlands aufgefordert und eine Instruktion zu vollständiger militairischer Organisirung aller Deutschen in der Schweiz mitgetheilt wird. Der Antrag von Zürich wurde mit 21½ Stimmen zum Beschluß erhoben und die Kommission aus folgenden Mitgliedern zusammengesetzt: Funk, Zehnder, Hungerbühler, Korn und Munzinger. Für Ueberweisung an den Vorort stimmten nur Genf und Basellandschaft; für den Antrag Genfs, keine der beiden Noten zu beantworten: Genf und Basellandschaft.

Luzern. (Eidg. Ztg.) Dem Großen Rathe des Kantons Luzern gebührt die Ehre, die erste Stimme für die Annahme der neuen Bundes-Verfassung abgegeben zu haben. Nach Kenntnißnahme von dem Entwurf der Bundes-Akte und nach kurzer Berathung wurde nämlich von ihm am 7. Juli folgender Beschluß gefaßt: 1) Der Stand Luzern, indem er das Votum seiner Gesandtschaft ratifizirt, erklärt sich für die Annahme der neuen Bundes-Urkunde mit Vorbehalt der Genehmigung des Volks. 2) Der Regierungs-Rath sei beauftragt, über den Modus der Volks-Abstimmung dem Großen Rathe einen Vorschlag zu hinterbringen. Dr. Kasimir Pfyffer hat den Antrag gestellt, das früher erlassene barbarische Gesetz gegen die Freischaaren aufzuheben und ein anderes zu erlassen; der Antrag wurde für erheblich erklärt. Auf das Gesuch des Dr. J. R. Steiger um Aufhebung des zur Zeit vom Kriminalgerichte des Kantons Luzern über seine Frau gefällten Straf-Urtheils wurde erkannt: da das Vergehen, welches Frau Steiger durch jenes Urtheil aufgebürdet worden, mit den politischen Vergehen ihres Mannes unmittelbar zusammenhänge und gleicher Natur sei, so müsse Frau Steiger als unter die von der provisorischen Regierung proklamirte und vom jetzigen Großen Rathe bestätigte Amnestie fallend betrachtet werden; es sei daher der Regierungs-Rath angewiesen, ihr eine Rehabilitations-Akte in üblicher Form auszustellen.

Rußland und Polen.

Petersburg den 11. Juli. Der Kaiser hat für die durch die Cholera verwaisten Familien und Personen ein Comité unter dem Vorsitze des General-Kriegsgouverneurs von Petersburg eingesetzt, das beauftragt ist, Individuen, die durch die Epidemie ihrer natürlichen Stützen beraubt sind, aufzusuchen und zu unterstützen. Dieses Comité hat am 6. Juli seine Wirksamkeit begonnen. — Zum 8. Juli waren in Petereburg 3790 Cholerakranke in Behandlung geblieben; im Verlaufe dieses Tages kamen hinzu 853, es genasen 172 und starben 574 (darunter in den Wohnungen 328). Zum 9. Juli verblieben in Behandlung 3897 Kranke, zum 11. Juli 3935 Kranke.

Berditscheff den 8. Juli. Die Cholera ist hier mit großer Heftigkeit ausgebrochen. Es giebt in unseren engen Stadttheilen Gasten, wo sie aus jedem Hause Opfer weggerafft hat. Von Geschäften und Handel ist bei dieser allgemeinen Bedrohung des Lebens fast gar nicht die Rede und die meisten Läden sind geschlossen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Schluß der Dreißigsten Sitzung, vom 18. Juli.

Wenn auch ein Urtel des Anklagesenats wirklich vorläge, so würde er (Berichterstatter), dennoch auf Valdenaire's sofortige Einberufung antragen, da, falls sich eine Schuld gegen Jenen ergebe, nach der Session noch immer eingeschritten werden könne (Bravo). Demnächst hat Hr. Wenzelius als Antragesteller das letzte Wort. Die Bewegung in Trier sei nur ein Nachhall der Berliner Revolution gewesen, Valdenaire's Vergehen rein politisch und dieser nicht schuldiger als die anderen Trierer. (Beifall.) Der Antrag der Commission auf sofortige Einberufung des Abg. Valdenaire wird angenommen. Die anwesenden Minister, welche zugleich Abgeordnete sind, die HH. v. Auerswald und Milde, erheben sich gleichfalls dafür. Von der Rechten hat fast Niemand die Frage bejaht. Der Präsident erklärt sofort, er werde Veranlassung nehmen, Hrn. Valdenaire schleunig einzuberufen, ersucht aber den Stellvertreter, die Versammlung nicht vor der Ankunft des Abg. Valdenaire zu verlassen.

Hr. Borchardt verliest nun folgenden dringenden Antrag vor allen anderen: „In Erwägung, daß, nachdem die meisten Abtheilungen der National-Versammlung sich für Abschaffung der Todesstrafe ausgesprochen haben, in diesen Tagen zwei Todes-Urtheile in Coblenz vollstreckt worden sind, und die Vollstreckung anderer bevorsteht: daß aber, wenn die Strafe als eine ungerechte und inhumane erkannt wird, auch kein Menschenleben deshalb mehr geopfert werden darf, wolle die hohe Nationalversammlung beschließen, daß eine Sitzung über acht Tage zur Verhandlung und Beschlußnahme über den Antrag des Abgeordneten v. Lisiecki auf Abschaffung der Todesstrafe fixirt werde." Der Antrag wird unterstützt. Die Abg. Minister v. Auerswald und Milde erheben sich auch dafür. Weiterm Beschlusse nach wird derselbe vor der Tagesordnung eingebracht, und der Antragsteller begrüdet nun die Dringlichkeit. Die Abschaffung der Todesstrafe sei in den meisten Abtheilungen schon genehmigt, und die Eile um so größer, als vielleicht ein wegen eines politischen Verbrechens erkanntes Todesurtheil vollstreckt werden könne. — Discussion über die Feststellung eines Termins.

Der Ministerpräsident erklärt, Namens der Regierung, daß Todesurtheile jetzt nicht vollzogen werden.

Hr. Nethe bringt ein Amendement ein: es solle den Abtheilungen die schleunige Berathung über die Aufhebung der Todesstrafe empfehlen und demnächst beschließen, den desfallsigen Bericht der Central-Abtheilung vor allen anderen auf die Tagesordnung zu setzen. Bei der Abstimmung wurde Borchardts Antrag verworfen, Niethe's Amendement dagegen angenommen. Hr. v. Kirchmann meldet, daß die Central-Abtheilung bereits am folgenden Tage über den Gegenstand berathen, es also zu erwarten sei, daß er binnen einer Woche zum Vortrag komme.

Mehrere als dringlich angemeldete Anträge werden auf die nächste Tagesordnung verwiesen.

Der Antrag des Hrn. Olberg, die gerichtlichen, polizeilichen und Steuer-Exekutionen gegen Landbewohner nur auf erfolgten schriftlichen Erlaß der Ortsschulzenämter vollstrecken zu lassen, wird nicht unterstützt, also beseitigt.

Hr. Friedrich beantragt, daß im Hinblick auf frühere Nothjahre, in allen Provinzen des Staates Magazine angelegt werden, wozu das laufende Jahr, wegen seiner Fruchtbarkeit alsbald die erste Gelegenheit biete. Der Antrag wird zur nächsten Tagesordnung geschrieben.

Endlich wird zu der Tagesordnung und zwar zu den, noch seit dem 29. v. M. auf derselben befindlichen Gegenständen geschritten. Hr. Kämpf befragt, mit Rücksicht auf die schlechte Lage der Militär-Unterärzte, den Kriegsminister: „Ob derselbe in dem Falle sei, eine schleunige vorläufige Reform des Militär-Medizinalwesens, namentlich in Betreff der Militär-Unterärzte, in Aussicht stellen zu können?" Der Kriegsminister entgegnet, daß bereits durchgreifende Vorarbeiten zur Umgestaltung des Militär-Medizinalwesens vorliegen, mit den dringendsten Veränderungen unverzüglich vorangegangen werde und schon in der nächsten Zeit ein Erlaß erscheinen werde, welcher die Besoldungen und den Rang der Militär-Unterärzte erhöhe.

Nunmehr wird zu der Tagesordnung vom 4. d. Mts. übergegangen. Hr. Hofferichter erklärt seine, an den Kriegsminister gerichtete, also lautende Anfrage: „aus welchen Gründen der Befehl des Königs, wonach die Censur für immer aufgehoben ist, nicht auch in gleicher Weise, wie für die übrigen Staatsbürger, auf die freie Meinungsäußerung des Militärs durch die Presse Anwendung findet?" für erledigt, da ihm aus dem Kriegs-Ministerium die Mittheilung von der Aufhebung auch dieser Censur geworden.

Jr. Bredt verliest folgende Anfragen an das Staats-Ministerium: 1) ob und welche Schritte Seitens der Preußischen Regierung, im Verein mit den übrigen Zollverbands-Regierungen geschehen sind, um den Beitritt Oesterreichs, Hannovers. Oldenburgs, Mecklenburgs und der Hansestädte zum Zollverein zu bewirken und hierdurch die Bildung eines allgemeinen deutschen Zollvereins herbeizufuhren? 2) ob und wieweit neben der Bildung eines allgemeinen deutschen Zollvereins, darauf Bedacht genommen worden, mit den genannten Regierungen, namentlich denjenigen der deutschen Nordsee-Staaten gleichzeitig einen deutschen Handels- und Schifffahrtsbund zu Stande zu bringen, welcher, gestützt auf ein gemeinsames Differenzialzoll-System, die Aufgabe hat, die bisherige fremde Vermittelung des deutsch-transatlantischen Handels zu beseitigen, dagegen den directen Handel Deutschlands mit den überseeischen Ländern zu befördern? 3) und ob mit Rücksicht darauf, daß der gegenwärtige Zollvereins-Tarif bereits mit Ablauf dieses Jahres außer Kraft tritt, eine schleunige vorläufige Revision desselben durch Zusammenberufung eines Abgeordneten-Congresses der bisherigen Zollvereinsstaaten unter Zuziehung von Sachverständigen beabsichtigt oder welche Maßregeln in dieser Beziehung provisorisch angeordnet werden sollen?

Da alle drei Anfragen unterstützt werden, der Handelsminister Milde auch sofort darauf antworten zu wollen erklärt, so leitet der Fragsteller zunächst die ersten beiden Fragen, deren Beantwortung er wünscht, ein. Minister Milde glaubt annehmen zu dürfen, daß die erste Frage sich nicht auf die Vergangenheit richte, also nicht auf die Verhandlungen, welche 1836, 37 und 42 mit der Oesterreichischen, 1842 und 43 mit der Hannöverschen Regierung geschwebt, vielmehr beziehe sich die Frage wohl nur auf die Zeit nach der März-Revolution. Der vormalige Bundestag habe am 19. Mai c. den Wunsch ausgesprochen, daß möglichst bald in Frankfurt die Frage über die Schaffung eines

allgemeinen Deutschen Zollverbandes in das Leben zu rufen sei. Die Preußische Regierung sei aber schon vor jenem Beschlusse mit derselben Frage beschäftigt und der Ansicht gewesen, daß die einzelnen Staaten schleunigst die Sache durch Commissarien vorberathen lassen mögen. Mittlerweile habe indeß der Centralausschuß für Volkswirthschaft in Frankfurt seine Wirksamkeit begonnen und erst in der allerneusten Zeit hat man wiederum Aufforderungen zu der Erledigung der Sache erlassen. Die preußische Regierung, welche noch faktisch an der Spitze des Zollvereins stehe, werde die Angelegenheit gewiß beschleunigen. Was die zweite Frage betreffe, so sei es wohl im Allgemeinen bekannt, daß der Streit über die Differenzial-Zölle in der Literatur und unter den Regierungen verhandelt worden, Preußen deshalb namentlich mit Hannover, Oldenburg, Bremen und Hamburg in Verbindung getreten sei, wobei sich die erstgenannten drei Staaten unbedingt für, die letzteren gegen die Differenzzialzölle ausgesprochen haben. Bis jetzt liegen zwar Materialien und Meinungen vor, er, der Minister, müsse sich aber die Frage vorläufig offen halten.

Hr. Bredt erkennt zwar die, in dieser Beziehung von der Regierung entwickelte Thätigkeit an, meint aber, es werde auch dem Lande von Interesse sein, zu erfahren, was die preußische Regierung für die Zukunft von den Differenzialzöllen halte. Der Minister Milde erklärt, augenblicklich nicht in der Lage zu sein, um sich darüber aussprechen zu könneu. Hr. Bredt entwickelt nun die dritte Frage, welche er für sehr wichtig hält. Minister Milde erwiedert, daß die in Aussicht stehende Zollvereinigung die diesseitige Regierung bereits veranlaßt habe, da in Bezug auf die Vereinstarife die einzelneu Staaten mit ihren Volksvertretungen berathen, die Anfrage zu machen, ob es nicht besser sei, die Tarife vorläufig auf ein Jahr zn verlängern, worauf die einzelnen Staaten auch eingegangen seien. Ueber den letzteren Punkt werden der Versammlung nächstens weitere Eröffnungen zugehn.

Hr. Schütze hatte folgenden Antrag auf sofortige Berathung und Beschlußnahme auf die Tagesordnung gesetzt: „Eine hohe National-Versammlung wolle beschließen, daß dem Abgeordneten Gladbach, welcher in der Sitzung am 30. Juni bei Einführung seiner Interpellation sich die Worte erlaubt hat:

„ein Theil der Preußischen Freischaaren in Schleswig und Holstein hat sich aufgelöst, weil er sich nicht von der Preußischen Militair-Disciplin hat knechten lassen wollen"

wegen dieser Aeußerung öffentlich das Mißfallen der Versammlung durch den Herrn Präsidenten zu erkennen gegeben und derselbe aufgefordert werde, sich in Zukunft solcher Aeußerungen zu enthalten, welche das National-Gefühl eines jedes echten Preußen verletzen und eines Preußischen National-Vertreters unwürdig sind. Der Antragsteller hat seinen Antrag nunmehr aber selbst zurückgenommen, worauf Hr. Gladbach in einer persönlichen Angelegenheit das Wort ergriff. Schon seit 14 Tagen schwebte jene Anklage über seinem Haupte; jetzt stehe Hr. Schütze, Justiz-Kommissarius und Abgeordneter für Fraustadt, von dem Antrage ab. Dazu habe er freilich das Recht, es zeuge aber nicht von Tapferkeit, nachdem man seinen Collegen so infamirend behandelt, auch sich zurückzuziehen. Sein Verfolger und Ankläger nehme Anstoß an dem Ausdruck „knechten", ein Ausdruck, welcher jeden echten Preußen beleidigen solle. Sein Gegner habe einen sehr massiven Maßstab für das Preußische Nationalgefühl, unter welchem letzteren sich schon viele Ungereimtheiten versteckt hätten. (Unterbrechung. Ruf zum Schluß.)

Hr. Schütze erklärt, daß er seinen Antrag nicht aus Furcht oder Feigheit zurückgenommen habe, sondern um eine leidenschaftliche, im Grunde nutzlose Debatte zu vermeiden. (Heftiger Ruf nach dem Schluß.)

Der Präsident nennt nun noch die Mitglieder der Commission zur Untersuchung der Zustände in Posen und der zur Einsichtsnahme in die Staatsfinanzen, theilt mit, daß am Montag den 24. d. M. eine Neuwahl des Präsidenten und Vice-Präsidenten stattfinden werde, und beraumt die nächste Sitzung auf Freitag den 21. d. M. Vormittag 10 Uhr an.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr 20 Min.)

Markt-Bericht. Posen, den 21. Juli.

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 10 Sgr., auch 1 Rthlr. 18 Sgr. 11 Pf.; Roggen 24 Sgr. 5 Pf., auch 28 Sgr. 11 Pf.: Gerste 15 Sgr. 7 Pf., auch 20 Sgr.; Hafer 15 Sgr. 7 Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchw. 20 Sgr. auch 22 Sgr. 3 Pf.; Kartoffeln 8 Sgr. 11 Pf., auch 8 Sgr. 11 Pf.; der Ctn. Heu zu 110 Pfd. 20 auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock zu 1200 Pfd 4 Rtlr., auch 4 Rthlr. 15 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfund 1 Rthlr 15 Sgr., auch 1 Rthlr. 20 Sgr.; Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles $16\frac{1}{4}$—$16\frac{1}{2}$ Rthlr.

Berlin, den 20. Juli.

Weizen nach Qual 45—50; Roggen loco 24—27; per Frühjahr 1849 28 gemacht, Juli/Sept. $24\frac{1}{2}$ ohne Geschäft, Sept./Oktob. 26 Br., 25 G.; Gerste große, loco 24—22; Hafer loco nach Qual. 16—18. — W. Rübsen 64 gem; Rüböl loco $10\frac{5}{12}$—$10\frac{1}{4}$, Juli/August $10\frac{5}{12}$—$10\frac{1}{4}$, August/Sept. $10\frac{5}{12}$ bez., $10\frac{3}{8}$; Septemb./Okt. $10\frac{3}{4}$—$10\frac{2}{3}$, Okt./Nov. $10\frac{7}{8}$—$10\frac{3}{4}$, Nov./Dec. 11—$10\frac{7}{8}$. — Spiritus loco ohne Faß 17 bez., mit Faß $16\frac{3}{4}$ bez. u. Br., Juli/Sept 17 nominell, Sept./Okt. $16\frac{1}{2}$

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 23. Juli c. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Vm.: Hr. Ober-Pred. Hertwig. — Nm.: Hr. Pred. Friedrich.
Ev. Petrikirche. Vm: Hr. Cand. Freischmidt.
Garnisonkirche. Vm.: Hr. Div.-Pred. Simon.
Betsaal der christkath. Gem.: Vor- und Nachm.: Hr. Pred. Post.

In den Parochieen der genannten Kirchen sind in der Woche vom 14. bis 20. Juli c.
Geboren: 4 männl., 2 weibl. Geschl. Gestorben: 9 männl., 4 weibl. Geschl.
Getraut: 2 Paare.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Sommertheater im Odeum.

Sonntag den 23sten Juli: Drei Frauen und Keine; Lustspiel in 1 Akt von Schneider. — Hierauf: Ein Herr und eine Dame; Lustspiel in 1 Akt v. Holbein. — Zum Schluß: Der Räuberhauptmann, oder: Ich irre mich nie; Lustspiel in 1 Akt von Kettel.

Ediktal-Vorladung.

Ueber den Nachlaß der am 19. und resp. 27. September 1845 zu Posen verstorbenen Kaufmann Julie geb. Glückmann und Siegfried Lissnerschen Eheleute, ist heute der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet worden. Der Termin zur Anmeldung aller Ansprüche steht

am 27sten September d. J. Vormittags
um 10 Uhr

vor dem Hrn. Rath Müller im Partheienzimmer des hiesigen Land- und Stadtgerichts an.

Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner etwaigen Vorrechte verlustig erklärt und mit seinen Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben sollte, verwiesen werden.

Posen, den 12. Mai 1848

Königl. Land- und Stadtgericht.
Erste Abtheilung.

Wir sind von der Feuer-Versicherungs-Bank f. D. in Gotha bevollmächtigt worden, über die bei der Darlehns-Kasse verpfändeten noch unversicherten Waaren 2c., behufs deren sofortiger Versicherung gegen Feuersgefahr Interims-Policen zu ertheilen.

C. Müller & Comp.,
Sapieha-Platz No. 3.

Graben Nro. 12 B. sind gute Holzkohlen mit 5 Sgr. der Scheffel, en gros auch billiger zu haben.

Zwei Wagenpferde, 7- und 8jährige Füchse, stehen St. Martin No. 62. zum Verkauf.

Markt Nro. 88. sind von Michaeli c. ab große und kleine Wohnungen, so wie auch ein Laden zu vermiethen. Das Nähere daselbst eine Treppe hoch.

Durch direkte Einkäufe bin ich im Stande, neue Matjes-Heringe von 6 Pf. ab bis $1\frac{1}{2}$ Sgr. pro Stück zu verkaufen, bei Abnahme großer Quantitäten zu möglichst billigen Preisen die Heringshandlung

von



Benj. Scherek,
Jesuitenstraße No. 2.

Es geht die Sage, ich wäre todt; im Gegentheil, ich lebe noch bedeutend und färbe Shawls, Tücher 2c. nach wie vor zu sehr billigen Preisen.

M. Tausk, S.-Färber.

Heute Abend 7 Uhr im Saale der Königlichen Luisenschule General-Versammlung der Mitglieder des Sterbekassen-Renten-Vereins.

Das Direktorium.

Einladung.

Dienstag den 25sten d. M. Nachmittags 6 Uhr findet im Krätschmannschen Lokale eine General-Versammlung des Handwerker-Vereins Statt. Die geehrten Mitglieder werden daher ersucht, sich recht zahlreich einfinden zu wollen, indem wichtige Gegenstände zur Berathung kommen.

Posen, den 20. Juli 1848.

Im Auftrage:
Der Ordner Waller.

Die neue



Volkshalle

(Bergstraße No. 14., wo ein freier Kastanienbaum die friedliche Firma beschattet). Mein gegenwärtiges Etablissement, heute Sonnabend den 22sten Juli c. einzuweihen, beehre ich mich alle meine verehrten Freunde und Gönner zu einer humoristischen Volksversammlung ergebenst einzuladen. Tagesordnung: 1) Verbannung des Kastengeistes; 2) Fortschritt der Popularität; zum Abendessen Krebse in Fricassée von schuldlosen Hühnern und gallischen Hähnen 2c. 2c. à Portion nur 4 Sgr., das macht der Zeitgeist. Freundlichen Gruß.

Bornhagen.

Heute Sonnabend den 22. Juli:

Gung'lsches Konzert

im Hildebrandtschen Garten.

Sonntag den 23. Juli: Großes Garten-Konzert, ausgeführt von Hautboisten des Leib-Infant.-Regts. Entree à Person $2\frac{1}{2}$ Sgr. Familie 5 Sgr. Anfang 6 Uhr. Städtchen No. 13. Kufus.

Berliner Börse.

Den 20. Juli 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$73\frac{5}{8}$	$73\frac{1}{8}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$88\frac{1}{8}$	$87\frac{5}{8}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	70
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$76\frac{7}{8}$	$76\frac{3}{8}$
Grossh. Posener "	4	—	91
" "	$3\frac{1}{2}$	$77\frac{1}{2}$	77
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	$83\frac{3}{4}$
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{3}{4}$	—
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	$92\frac{3}{4}$	—
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	80
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	$84\frac{1}{4}$
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{7}{8}$	$12\frac{3}{8}$
Disconto	—	$4\frac{1}{2}$	$3\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	—	—	86
" Prioritäts-	4	—	$81\frac{1}{4}$
Berlin-Hamburger	4	60	—
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	88	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	44	—
" " Prior. A. B.	4	—	—
" " "	5	—	—
Berlin-Stettiner	—	—	$84\frac{1}{2}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	$74\frac{1}{4}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	—
Magdeburg-Halberstädter	4	91	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	$68\frac{1}{2}$	$68\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	4	—	80
" "	5	94	—
" " III. Serie	5	$87\frac{3}{4}$	—
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	—	83
" " B.	$3\frac{1}{2}$	—	83
Rheinische	—	—	54
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	4	—	$48\frac{3}{4}$
Stargard-Posener	$3\frac{1}{2}$	—	$64\frac{1}{2}$